

**GEBIETSÄNDERUNGSVERTRAG ZWISCHEN
DER STADT GÖTTINGEN UND
DER GEMEINDE RORINGEN**

vom 14. November 1972

**§ 1
Rechtsnachfolge**

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages wird die Stadt Göttingen Rechtsnachfolgerin der Gemeinde.

(2) Die Stadt Göttingen verpflichtet sich, das eingegliederte Gebiet in seiner Entwicklung zu fördern.

**§ 2
Name**

Die Stadt Göttingen wird nach § 13 Satz 3 NGO bestimmen, daß die Gemeinde Roringen als Gemeindeteilnamen die Bezeichnung "Stadt Göttingen - Ortsteil Roringen" erhält.

**§ 3
Zweck- und Wasserverbände**

(1) Die Stadt Göttingen tritt in die Rechte und Pflichten der Gemeinde Roringen bei folgenden Zweckverbänden ein:

- a) Feldwegeverband des Landkreises Göttingen,
- b) Leineverband,
- c) Mittelpunktschulzweckverband Waake.

(2) Der Wasserbeschaffungsverband Roringen-Nikolausberg wird aufgelöst.

**§ 4
Neuwahl des Rates**

(1) Die Neuwahl (§ 43 Abs. 2 NKWG) des Rates der vergrößerten Stadt Göttingen findet innerhalb von 4 Monaten (§ 76 Abs. 1 NKWO) nach Inkrafttreten des Vertrages statt. Den Wahltag bestimmt die Aufsichtsbehörde.

(2) Bis zur Neuwahl des Rates der Stadt Göttingen nimmt der nach § 76 Abs. 5 Nr. 4 NKWO zu bildende Ausschuß als Interimsrat die Befugnisse des neu zu wählenden Rates wahr; der Vorsitzende des Ausschusses nach § 76 Abs. 5 Nr. 4 NKWO nimmt zugleich die Befugnisse des Ratsvorsitzenden wahr.

(3) Aus der Mitte des Interimsrates ist ein Interimsverwaltungsausschuß zu wählen.

**§ 5
Verwaltung**

Die Stadt Göttingen richtet im Ortsteil Roringen nach Bedarf Sprechstunden während der in der Stadtverwaltung üblichen Dienstzeit ein.

§ 6**Bildung eines Orsrates**

(1) In der Hauptsatzung der Stadt Göttingen ist zu bestimmen, daß die Gemeinde Roringen eine Ortschaft bildet und daß dafür ein Ortsrat gewählt wird.

(2) Die Zahl der Ortsratsmitglieder sowie die Rechte und Pflichten des Orsrates regeln sich nach der Hauptsatzung der Stadt Göttingen in der jeweils gültigen Fassung.

§ 7**Ortsrecht**

(1) Die Hauptsatzung und das übrige Ortsrecht der Gemeinde Roringen treten mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages außer Kraft, soweit in den nachfolgenden Absätzen nicht besondere Regelungen getroffen sind.

(2) Die in der Gemeinde Roringen bestehenden rechtsverbindlichen Bebauungspläne Nr. 2, 3 und 5 sowie die entsprechenden Ortssatzungen über Baugestaltung bleiben vorbehaltlich anderweitiger Festsetzungen durch die Stadt Göttingen unbefristet in Kraft.

(3) Hinsichtlich der Straßenreinigung verbleibt es bei dem in der Gemeinde Roringen bestehenden Recht.

(4) Die Stadt Göttingen übernimmt vom Tage des Inkrafttretens des Vertrages an die Müllabfuhr.

(5) Für den Zeitraum eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrages verbleibt es für das bisherige Gebiet der Gemeinde Roringen bei den abweichenden Realsteuerhebesätzen und den Bestimmungen der Hundesteuerordnung der Gemeinde Roringen vom 27.10.1967.

(6) Bis zum Erlaß einer neuen Haushaltssatzung für die vergrößerte Stadt Göttingen richtet sich die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel nach der für das Rechnungsjahr 1973 erlassenen Haushaltssatzung der Gemeinde Roringen, andernfalls nach § 111 NGO.

(7) Für den Zeitraum eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrages verbleibt es für das bisherige Gebiet der Gemeinde Roringen bei den abweichenden Gebührensätzen für die Kanal- und Wassergebühren.

(8) Für Angelegenheiten, die durch das Ortsrecht der bisherigen Gemeinde Roringen nicht geregelt sind, tritt das in der Stadt Göttingen geltende Ortsrecht mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages ebenso wie das übrige Ortsrecht der Stadt Göttingen in Kraft.

§ 8**Feuerwehr**

Die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Roringen wird als Löschzug Roringen in die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Göttingen eingegliedert. Die Stadt Göttingen verpflichtet sich, die Satzung der Freiwilligen Feuerwehr insbesondere dahin zu ändern, daß die Wahl des Löschzugführers der Bestätigung durch den Ortsrat bedarf.

§ 9**Verkehrsbedienung**

Die Stadt Göttingen wird dafür sorgen, daß mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages eine regelmäßige, den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende Verkehrsbedienung zwischen dem Ortsteil und dem jetzigen Stadtgebiet erfolgt.

§ 10**Hausschlachtungen**

(1) Die Haushaltungen des Ortsteiles Roringen bleiben vom Schlachthofzwang befreit, es sei denn, daß für alle in Betracht kommenden Ortsteile eine andere Regelung geschaffen wird.

(2) Die Stadt Göttingen verpflichtet sich, zur Satzung über den Schlachthofzwang in der Stadt Göttingen einen entsprechenden Nachtrag zu erlassen.

§ 11**Hauptsatzung der Stadt Göttingen**

Die Stadt Göttingen verpflichtet sich, ihre Hauptsatzung entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages zu ändern.

§ 12**Streitigkeiten**

Über Streitigkeiten aus diesem Verträge entscheidet die Aufsichtsbehörde .

§ 13**Rechtsgültigkeit**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ungültig sein, so soll die Rechtsgültigkeit des Vertrages als Ganzes davon nicht berührt werden.

§ 14**Inkrafttreten**

Der Vertrag tritt zusammen mit dem Neugliederungsgesetz, das die in diesem Vertrag vorausgesetzte Gebietsänderung regelt, in Kraft.

Genehmigt durch Verfügung des Regierungspräsidenten vom 14.11.1972 - 106-01.470/Gö. -
Veröffentlicht im Amtsblatt der Regierung Hildesheim 1972 S. 399/400